

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntags täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Befestigungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 15. März. Se. Majestät der König haben Allergräßigst ge-
ruht: Allerhöchstbrem General-Adjutanten, dem General-Vierranten Frei-
heit von Mantaußel, den Stern und das Kreuz der Komthure des
Königlichen Hausordens von Hohenzollern, mit Schwertern zu verleihen;
ferner den Admiraltätsrat Dirksen zum Würlichen Admiraltätsrathe
und vortragenden Rath im Marine-Ministerium mit dem Range eines
Rathes III. Classe; und den außerordentlichen Professor Dr. Karl Hoff
an der Universität in Greifswald zum Ober-Bibliothekar der Königlichen
und Universitäts-Bibliothek und zum ordentlichen Professor in der philo-
sophischen Fakultät der Universität zu Königsberg zu ernennen.
Der Lehrer Debus an dem evangelischen Schullehr-Seminar in
Lüneburg ist als solcher definitiv angestellt worden.
Der seitige Geheimen Registratur-Assistent von Rits ist zum etats-
mäßigen Geheimen Registrator ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Montag 14. März, Nachmittags. Der Herzog von Coburg-Gotha verläßt heute Paris.

Das neue Programm der Feudalpartei,

welches nach Versicherungen konservativer Blätter nicht, wie angenommen wurde, schon etwas Fertiges, sondern erst in der Vorbereitung be-
griffen und nur durch eine Indiskretion ins Publikum gekommen ist, charakterisiert sich gegen seine Vorgänger nicht etwa durch neue Dogmen, sondern nur durch einen veränderten Operationsmodus. Neu ist in
ersterer Beziehung nur das Bekenntniß, daß das Jahr 1848 denn doch zu tief in unsere politischen Verhältnisse eingegriffen habe, um ignorirt werden zu können, und das mit ihm hereingebrochene parlamentarische System daher zum Ausgangspunkte künftiger Reformen genommen werden müsse, schon um die halb, damit bei einem nach dem Laufe der Natur unabwendbaren Ereignis, das in nicht zu ferner Zeit liege, die Lage des Landes nicht Gefahren ausgesetzt sei. Des Pubels Kern ist: die Feudal-
partei will das parlamentarische System nicht negiren, sondern für sich ausnützen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung ganz nach ihrer Weise tanzt. Es wirkt nicht unbedeutlich zu verstehen gegeben, daß daher die widrigen Elemente, welche die Regierung noch enthält, ihren Platz verlassen und Männern einräumen müssen, welche die Ausführung des neuen Programms verheißen. Im Uebrigen wird der Weg der Octroh-
ungen nicht empfohlen, außer insofern es sich um Einführung des direkten allgemeinen Wahlrechts handeln könnte, dagegen durchgreifende Pun-
tifikation des Beamtenstandes und wo möglich Paralyseirung der Gerichte durch Einrichtung von Gewerbegerichten, denen wahrscheinlich auch die Preßprozesse überwiesen werden sollen.

Die Regierung habe durch thathähliche Erfolge auf dem materiellen Gebiete, Bahnbauten, Flußregulirungen u. s. w. sich eine feste Position und eine Mehrheit im Landtage zu schaffen und vor Allem im arbeitenden Stande durch dessen Begünstigung bei öffentlichen Arbeiten sich eine Stütze zu sichern, die durch das allgemeine Wahlrecht ihre Bedeutung erlangen werde.

Das Vorbild ist Napoleon III. Wie er mit Hilfe des Arbeiters die Bourgeoisie vernichtet habe, so soll in Preußen ebenfalls die Bour-
geoisie, welche die Elemente des Liberalismus enthält, zum Schweigen ge-
bracht werden. Wunderbare Taktik und widerprüchslos in jeder Bewegung. Zunächst ist der Begriff "Bourgeoisie" für Preußen so un-
anhendbar und unklar, daß Niemand angeben kann, wo sie anfängt oder aufhört; meistens fallen die Interessen des Bürgerstandes, wenn man sie so überzeugen darf, mit denen des Arbeiters zusammen. Große Leistungen der Regierung auf materiellem Gebiet werden daher den Bourgeoisie wie den Arbeitern gleich sehr befriedigen und den Frieden zwischen beiden kläffen, wenn wir sie uns sonst getrennt denken könnten, um so mehr besiegen, als bei dem materiellen Wirken der Regierung der Kapitalist und Gewerbetreibende auch nicht zurückbleiben, sondern sich zu Unternehmungen anregen lassen und dem Arbeiter einen Verdienst gewähren wird, der ihn an den Arbeitgeber fesselt.

Der Kampf des Arbeiters gegen die Bourgeoisie ist also ein Nonsense.

Louis Philippe war als Bourgeoisie-König verrufen, man sagte, die Revolution und Verbannung mußte ihn treffen, weil er sich auf die Bourgeoisie stützte. Sein Schicksal hat ihn aber nicht deshalb getroffen, sondern wegen der herrschenden Korruption in den höheren und höchsten Ständen, wegen des grausenden Goldhunders und der durch ihn verübten Verbrechen. Man denkt an den Prozeß Teste. Dazu kam die Begünstigung des schweizerischen Sonderbundkriegs. Aber alles dies hätte keine Revolution hervorgebracht; denn man wollte nur Reformen, wenn nicht im entscheidenden Augenblick die Leidenschaft des Pöbels über die Besonnenheit der Führer gesiegt hätte. Mit Thränen in den Augen verkündete Lamartine das Dekret über die Verweisung Louis Phillips. Revolutionen sind ja nicht immer das Werk der reflektirenden Vernunft, sondern am häufigsten eines blinden Gefahrens. Daß Louis Philippe gefallen, war nicht Schuld seiner Bourgeoisierichtung, sondern Mangel seines durch hohes Alter gesunkenen Mutths.

Und ist denn die Bourgeoisie in Frankreich tot? Nein, sie lebt und verrät keine Antipathien gegen Napoleon III. Sie ist es, welche ihre Millionen hergibt, wenn der Kaiser an's Land appellirt, sie ist es, welche seinen Eroberungen und den in ihnen eröffneten Erwerbsquellen zujuschzt, sie ist es, die seiner Devise "l'empire c'est la paix" vertraut, wenn sie auch nicht immer wahr ist, sie ist es, welche in Handels- und Schiffahrtsverträgen ihr Heil und ihren Wohlstand gesichert sieht. Was soll uns also ein Kampf gegen die Bourgeoisie! Herr Wagner hätte an den Erfolgen des Herrn Lassalle sehen können, welchen Ausgang solcher Kampf nehmen müßt. Hier ist der Grundsatz: divide et impera nicht durchzuführen; denn unser Arbeiter weiß, daß er nur durch den Bourgeois leben kann, und dieser weiß wiederum, daß er ohne den

Arbeiter nichts ist. Der Staat kann zwar eine Zeit lang den Arbeiter unterhalten, aber im Verhältniß zu seinen Unternehmungen wächst die Staatschuld und zuletzt muß der Arbeiter doch wieder in seine Tasche greifen, um seinen Untheil an den gesteigerten Abgaben zu tragen. Das der Staat selbst Unternehmer werde und zum Arbeiter in ein direktes Verhältniß trete, widerspricht zudem allen gesunden Prinzipien der National-Oekonomie, und ein Verwaltungssystem solcher Art würde nur den Erfolg haben, die Staatschuld ins Ungeheure zu vermehren, also die Lasten zu steigern, während eine Regierung, die sich auf den arbeitenden Stand dauernd stützen wollte, ebenso wie jede andere in der Verminderung der öffentlichen Lasten den besten Hebel ihrer Sympathien sehen müßt. Ebenso widersprechend wie in diesem Punkte ist das Programm in anderer Beziehung. Abgesehen davon, daß die Einführung des Kopfzahlwahlsystems dem von der Partei keineswegs aufgegebenen Prinzip der ständischen Gliederung total widerspricht, trifft dasselbe mit den Forderungen der radikalen Partei zusammen, auf deren Vernichtung es doch abgesehen ist. So ist die vorgeschlagene Stellvertretung im Heere gerade wieder das Mittel, die mit allen Kräften zu erhaltende Reorganisation dem Volke, das im Loskauf ein Privilegium erblicken wird, verdächtig zu machen. Das Programm wird also wohl noch wesentlich umgemodelt werden.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 14. März. Die von den beiden deutschen Großmächten an die Unterzeichner des Londoner Protokolls erlassene id estische Note (über deren wesentlichen Inhalt wir bereits nach der „R. Ztg.“ berichteten), lautet in einer dem „Frankfurter Journal“ aus Wien zugehenden Uebersetzung wörtlich wie folgt:

„Die Regierung hatte gehofft, daß das dänische Gouvernement verhöhltere Gefühlmäßigkeiten an den Tag legen werde. In diesem Fall würden die beiden deutschen Großmächte sich bereit haben, ihre militärische Aktion zu unterbrechen und auf Verhandlungen einzugehen. Wir müssen jedoch mit Bedauern feststellen, daß unsere Erwartung getäuscht wurde. Die Haltung des Kopenhagener Hofes seine Weigerung, an den von England vorgeschlagenen Konferenzen Theil zu nehmen, legt uns die Pflicht auf, in den Schwangmaßregeln zu beobachten, zu denen wir unsere Zuflucht genommen. Wichtige strategische Erwägungen haben die Erwägung begründet, welche dem Ober-Kommandanten der österreichisch-preußischen Truppen gegeben wurde, in Jütland einzurücken, um die Stellung seiner Truppen zu sichern und die in Fredericia zusammengezogenen Dänen in Schach zu halten, indem er sie verhindert, die Blanken der Armee zu bedrohen oder alle ihre Kräfte der Verbündung der Düppeler Linie zu weisen. Die beiden Mächte haben um so weniger gezeigt, diese strategische Bewegung zu erlauben, da sie berechtigt waren, Repressionen gegen die Anordnung der dänischen Regierung zu ergriffen, welche die Wegnahme der auf dem Meere befindlichen Schiffe, nicht allein der kriegerischen, sondern auch anderer Staaten des deutschen Bundes befiehlt. Die hiermit den militärischen Operationen gegebene Ausdehnung ändert übrigens nichts an den früheren Erklärungen der Regierung bezüglich ihrer Stellung zu dem gegenwärtigen Bewirkt. Um noch mehr zu beweisen, daß ihre verblümten Gefühle aufrichtig sind, und daß ihre Absichten sich nicht verändert haben, erklärt sich die Regierung zugleich bereit, mit Dänemark einen Waffenstillstand abzuschließen, sei es nun auf der Basis der gegenwärtigen Nähmung der Stellungen zu Düppel und auf Alsen durch die dänischen Truppen und der österreichisch-preußischen Armee in Jütland, oder des militärischen uti-possidetis. In einem wie in dem anderen Fall stellt aber die Regierung die Bedingung, in den Waffenstillstand die Einstellung der Feindseligkeiten auf dem Meere mit einzufüllen, die von beiden Seiten gemachten Prüfen herauszugeben und das über die in den Häfen befindlichen Schiffe verhängte Embargo aufzuheben. Ebenso erklärt sich die Regierung bereit, mit den beteiligten Mächten in Konferenz über die Mittel zu treten, die geeignet wären, den Frieden wieder herzustellen.“

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Vorschriften für die Kommandanten der preußischen Kriegsschiffe in Bezug auf die Aufbringung dänischer und verdächtiger Schiffe.

Die Preßdeputation des Kriminalgerichts verhandelte heute eine Anklage wegen Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit gegen den Prof. Dr. Haym. Die von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbücher“ enthalten einen „Notizen“ überschriebenen Aufsatze, welcher die Zustände Preußens in den zwanziger Jahren bepricht und eine Parallele zwischen den damaligen Verfolgungen wegen Demagogie und der Sprache, welche jetzt von den Behörden in noch stärkerem Maße, namentlich in der Verwarnungsliteratur geführt werde. Dr. Haym hat dabei die Ausdrücke „Chifane“ und „Donquixoterie“ gebraucht. Der Gerichtshof hat den Angeklagten zu 25 Thlern. Geldbuße oder 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Die „R. A. Ztg.“ schreibt: „Die in viele Blätter aufgenommene telegraphische Nachricht aus Altona vom 17. Februar d. J., daß der General-Feldmarschall v. Wrangel freiwillig, welche den Feldzug der Alliierten mitzumachen wünschen, an das Kriegsministerium gewiesen habe, ist falsch. Insländer, welche später einem auf dem Kriegsschauplatze befindlichen Truppenteil überwiesen zu werden wünschen, bleibt es überlassen, sich bei dem betreffenden Ersatzbataillon resp. der Ersatzeskadron zum freiwilligen Eintritt zu melden. Eine direkte Antwort auf die vielen dem Kriegsministerium vorliegenden bezüglichen Gesuche wird nicht erfolgen.“

C. S. — Auf Allerhöchsten Befehl ist für die kombinierte Gardes-Infanterie-Division ein schweres Feldlazareth vom Gardekorps mobil gemacht worden, welches schleunigst nach dem Kriegsschauplatze abgehend soll.

Der Major Hendewerk, Kommandeur der 2. Festungs-Abtheilung der westfälischen Artillerie-Brigade Nr. 7 ist als Kommandeur der nach Schleswig mit dem Belagerungs-Park entsendeten Festungs-Artillerie kommandiert worden; es stehen demnach die sämlichen der alliierten Armee in Schleswig zugethießen mobilen Festungs-Kompagnien unter dessen Kommando.

C. S. — Der Geh. Regierungsrath im Kultusministerium, Conservator der Kunstdenkämler, Hr. v. Quast, hat sich nach Schleswig begeben, um die bei der Zerstörung der Dannenwerke etwa zu Tage kommenden archäologischen und sonstigen Kunstschatze zu sammeln.

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgehal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expe-
dition zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

